

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk., für einen Monat 8.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolumnenzeile oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Bekannte-Kolumnenzeile 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Antwort der Reparationskommission.

Berlin, 17. Dezember. Der deut. Regierung ist in Beantwortung der Note vom 14. d. M. folgende Mitteilung der Reparationskommission zugegangen:
Die Reparationskommission hat die Note des Reichskanzlers vom 14. d. M. empfangen, in welcher es bekannt ist, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage ist, die Kosten der Jahresleistung vollständig zu zahlen, welche nach dem Zahlungsplan am nächsten 15. Januar und 15. Februar fällig werden und in welcher er die Reparationskommission bittet, sich mit der Stundung eines Teiles dieser Fälligkeiten einverstanden zu erklären.
Die Reparationskommission kann nur ihre Erklärungen darüber ausdrücken, daß sie in der Note des Reichskanzlers weder eine nähere Angabe über die Devisenverträge findet, welche die Deutsche Regierung an jedem der Fälligkeitstage vom 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres zu liefern bereit sein würde, noch eine Erklärung darüber, welche Stundungsfrist erbeten wird, um den Restbetrag zu zahlen, noch das Angebot von Garantien für die Zwischenzeit. Solange die Reparationskommission diese näheren Mitteilungen nicht erhalten hat, ist es ihr unmöglich, die Bitte der Deutschen Regierung in Betracht zu ziehen oder zu prüfen.
Die Reparationskommission stellt mit Bedauern fest, daß die Note des Reichskanzlers keine Angabe über die Maßnahmen enthält, die er angedenkt hat oder die er anzuwenden beabsichtigt, um den Wünschen der Reparationskommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in ihrer Note vom 2. Dezember 1921, auf welche die Kommission noch einmal ausdrücklich verweist, zu entsprechen.

Dubois John Bradburg.

Englische Vorschläge.

Paris, 18. Dezember. Der Londoner Korrespondent des Temps berichtet zu den bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen, in erster Linie werde man die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener Abkommens vor, wonach Deutschland England gewisse für England nötige Produkte liefern und an der wirtschaftlichen Wiederherstellung Rußlands mitarbeiten würde. Zweitens soll England die französischen Schulden annullieren und dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es alsdann vernichten wird. Drittens soll England Frankreich die Ratifizierung des Schukertrags vom 28. Juni 1919 anbieten und die Entente in eine Alliance umwandeln. Viertens sollen allgemeine Probleme Europas besprochen werden. Die englische Regierung wird deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen.

London, 18. Dezember. (U.) Evening Standard bespricht die Möglichkeit einer Hypothek auf die deutschen Goldreserven, welche eventuell dazu dienen müßte, eine alliierte Anleihe zu sichern, falls Lord George und Briand sich dazu entschließen würden. — Andre Blätter besagen, daß gerade der deutsche Finanzminister ungenügend für eine Entwicklung der Steuerpolitik Sorge getragen habe.

Militärische Vorbereitungen in Frankreich.

Paris, 19. Dezember. (U.) Der Senat hat das Rüstungsgesetz für die Jahresklasse 1922 in der Fassung der Kammer angenommen. Im Verlaufe der Debatte erklärte Kriegsminister Barthou, die vorzeitige Entlassung der Jahresklasse 1920, die für den Monat März in Aussicht genommen worden sei, könne nicht erfolgen. Man würde sich sonst in einer gefährlichen Lage befinden, da die Jahresklasse 1922 erst im Mai einberufen werde. Er müsse daran erinnern, daß Frankreich sich für die Monate Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber befindet und daß es deshalb alle seine militärischen Kräfte nötig habe.

Weitere Verhandlungen mit Stinnes und Rathenau?

Die Stinnesche Telegr.-Union verbreitet folgende Meldung der Berliner Morgenpost: Wie wir hören, sind die von Hugo Stinnes und Walter Rathenau in London eingeleiteten Kreditverhandlungen nicht etwa abgeschlossen oder gar abgebrochen, vielmehr wird in allerhöchster Zeit Walter Rathenau zu weiteren Besprechungen nach London fahren.

Eine Kundgebung gegen Reparationspolitik der Entente.

Frankfurt, 19. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Anlässlich der Tagung des Komitees der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien fand in der hiesigen Festhalle eine Kundgebung statt, in der besonders das Reparationsproblem durch die ausländischen Redner behandelt wurde. Genosse Crispian-Berlin betonte, das Proletariat müsse in dieser Woche auf dem Posten sein, damit die Forderungen der I. A. S. P. verwirklicht werden. Das Exekutivkomitee habe darum diese Frage zu betonen und neue Aktionen vorzubereiten, um das Proletariat aller Länder im Kampfe zu stärken. Teile des Proletariats, die noch im Bunde mit dem Bürgertum seien, müßten davon losgelöst werden und der Butschismus sei zu überwinden. Genosse Longuet-Paris betonte den vollkommenen Zusammenbruch der Reparationspolitik. Die Voraussetzung für eine Besserung liege die Brüder-

liche Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeitern und ein Wiederaufbau in natura. Weder die deutschen noch die französischen Kapitalisten dürften sich bei dem Wiederaufbau bereichern. Der Redner verwies auf die im Bezirk Chaulnes von der französischen Sozialdemokratie veranstaltete Umfrage, die bei der Bevölkerung eine große Mehrheit für die Verwendung deutscher Arbeiter ergeben hat. Die Washingtoner Konferenz nannte der Redner eine Farce, zumal Briand trotz des hohen französischen Militärbudgets die Abrüstung verweigert habe. Der Redner schloß mit einem Appell an die internationale Einigkeit des Proletariats.

Genosse Grimm-Schweiz betonte das Interesse der Schweizer Arbeiterschaft für die Lösung der Reparationsfrage, angesichts der gewaltigen Arbeitslosigkeit des Landes, die ein Siebentel der Bevölkerung der Beschäftigung entzogen habe. Hinter dem Glanz der hohen Schweizer Valuta verberge sich die bitterste Not. Der Redner griff dann die Steuerpolitik der Schweizer Regierung und das neue Ausnahmegesetz gegen die Schweizer Arbeiterschaft an. Es wirke viel schlimmer, als das deutsche Sozialistengesetz gewesen sei.

Genosse Adler-Oesterreich sprach von der Schicksalsgemeinschaft des österreichischen und des deutschen Volkes und von der Vergrößerung des Glanzes in seinem Lande infolge der dem Sturz der Mark gefolgten Kronen-Baisse. In einer Beziehung stehe es freilich besser, als in Deutschland. Der monarchistische Gedanke sei in Oesterreich seit dem Butsch des Kaisers auf lange Zeit hinaus unmöglich gemacht worden. Auch die Monarchisten hätten infolge dieser Kinderei erfahren, daß die schlechteste Republik immer noch besser als eine Monarchie sei. Ferner erwähnte der Redner die Abstimmung in Dedenburg. Die österreichische Sozialdemokratie habe von vornherein gefordert, daß im Burgenland eine Abstimmung erfolge, obwohl der deutsche Charakter des Landes feststehe. Die österreichische Sozialdemokratie will keinen Gebietszuwachs auf Grund kapitalistischer Diktatur. Die Abstimmung sei aber verweigert worden und nur in Dedenburg, einem Gebiet, das nur den 16. Teil des Burgenlandes darstelle, sei sie vorgenommen worden. Von 300 000 Einwohnern hätten nur 28 000 abgestimmt. Diese Abstimmung sei eine Farce. Einige Ententengeneräle hätten gezeigt, daß sie lieber mit dem hitligen Horthy-System, als mit dem demokratischen Volk Oesterreichs gingen.

Genosse Wellend-England ironisiert die Versprechung Lloyd Georges vor drei Jahren, als er einen reichen Goldschatz aus dem Frieden verheißt habe. Die Taschen des deutschen Volkes seien bis zum letzten Kupferpfennig durchsucht worden, aber jetzt müßte der englische Arbeiter seine Taschen nach dem letzten Kupferstück durchsuchen. Die Arbeitslosigkeit in England und Amerika, der Mangel und die Not in diesen Ländern seien furchtbar trotz der reichen Ernte in Kanada und Südamerika. Die Washingtoner Konferenz habe nur das Ziel der gemeinsamen Ausbeutung der Kolonialvölker, insbesondere Chinas und der chinesischen Arbeiter. Ein Aristokrat habe gesagt: „Wir brauchen die Arbeiterschaft nicht zu fürchten, denn sie wird niemals zur Verständigung kommen.“ Es gelte, diese Auffassung Lügen zu strafen. Das müsse das nächste Ziel der Arbeiterschaft sein. Gemeinsam muß der revolutionäre Klassenkampf in den Ländern geführt werden.

Zum Schluß sprach Genosse Bedebour die Gewißheit aus, daß unsere Sache siegreich vorwärts schreite. Es gelte, die Massen, welche dem Sozialismus „kriegsmäßig“ zugeführt seien, mit bewußtem Willen zu erfüllen. In absehbarer Zeit sei die Einigkeit zur Tat im revolutionären Klassenkampf in Deutschland und in anderen Ländern zu erhoffen. Der Redner schloß mit den Worten: „Es lebe die völkerbefreiende soziale Revolution!“

Stinnespartei und Regierungsumbildung.

Wie der Berliner Lokalanzeiger berichtet, verlaute zur Frage der Kabinetterweiterung in parlamentarischen Kreisen: Mit der verschiedentlich ausgetauschten Ansicht, daß eine Erweiterung des Kabinetts durch Neubesehung der drei offenen Portefeuilles in Frage kommt, wird sich die Deutsche Volkspartei nicht einverstanden erklären können. Es ist vielmehr zu erwarten, daß sie die Forderung nach vollständiger Neubildung des Kabinetts stellen wird. Da für diese Regierungsumbildung gerade außenpolitische Gesichtspunkte in Frage kommen, werde jede parteipolitische Erwägung zurücktreten, und ein Kabinett auf breiter Basis zustandegebracht werden, durch das geeignete Verhandlungsführer gewählt werden.

Die „aufgelösten“ Oberländer.

München, 19. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Vorgestern und gestern fand in München der Gedentag des Freikorps Oberland statt, um der „großen Taten“ des Freikorps zu gedenken. Es handelt sich um das bekannte Freikorps Oberland, das durch seine „Feldtaten“ in Oberschlesien bekannt ist und aus dessen Reihen die Mörder Erzbergers und Garais stammen. Obwohl die Freikorps von Reich wegen aufgelöst sind, kann in München diese Mörderorganisation einen Gedentag abhalten und sich von neuem durch Zusammenschluß im „Bund Oberland“ organisieren. Vielleicht kümmert sich die Reichsregierung einmal um diesen neuen „Bund Oberland“, nachdem die bayerische Regierung hier nicht eingreift.

Ein Kapp fürs deutsche Vaterland.

Mit dem provozierenden Ruf nach einem neuen Kapp, nach einem neuen Butschhauptidee zur Rettung des deutschen Vaterlandes aus schlimmster Not hat am Sonnabend einer der Angeklagten des Jagow-Prozesses, der Herr v. Wangenheim, seine Verteidigungsrede geschlossen. Diese Herausforderung der Republikaner zeigt wie ein greller Schein des Blicklichts, mit welchen Mitteln die Feinde des neuen staatlichen Zustandes in Deutschland auf das Urteil des Reichsgerichts glauben einwirken zu können. Es ist eine Art Vertrauen in die Justiz, die sehr bezeichnend ist für die Stellung dieser Institution und die, wie wir nach gehäuften Erfahrungen dreier Jahre deutscher Revolution und vieler Jahrzehnte monarchischen Regimes feststellen müssen, nicht ganz unbedeutend bei den Angeklagten und nicht ganz unbedeutend von der Justiz ist. Wie weit das hier zutreffen wird, muß das Urteil zeigen. Auf die Öffentlichkeit des Gerichtsverlaufs hat dieser Appell an die feindlichen Gefühle des nationalistischen Bürgertums wider die Weimarer Verfassung gewirkt. Deutliches Beifallsgemurmel zeigte das. Der Herr Präsident rügte es nicht. Die Republikaner unter der Zuhörerschaft hätten also das Recht und die Pflicht gehabt, gegen diese Kundgebung neuer Butschgefühle ebenso deutlich zu protestieren. Aber vielleicht waren gar keine im Saale — außer einigen wenigen Professoren, die durch besondere Berufspflicht an solchen Demonstrationen verhindert sind. Die Kartenausgabe, oder vielmehr Kartenzurückhaltung hat ja für gründliche Siebung der Besucher gesorgt.

Die Schlüßworte der Angeklagten waren überhaupt ein besonderer Genuß. Gegen den Vorwurf der Feigheit, des Anstößens, haben sie in pompösen Worten protestiert — selbstverständlich, man täte das ein preußischer Junker oder seine bourgeoise Nachkommenschaft, der Reserveoffizier, nicht! Aber die Herren haben sich wohlweislich geschützt, anstatt mit billigen Worten durch die Tat den Beweis zu führen, daß sie männlich für ihre Handlungen einstehen, wenn die Folgen unangenehm zu werden drohen. Sie blieben bei der wohl abgekarteten Ausrede, daß sie keinen Hochverrat gewollt und begangen haben, daß sie als ahnungslose Englein zum Brandenburger Tor gingen und dann als gänzlich unbeteiligte Zuschauer in der Reichskanzlei gewillt haben. Vorsticht ist eben doch der bessere Teil der Tapferkeit, denkt Traugott v. Jagow, und begnügte sich damit, durch wütende Blide auf den Oberreichsanwalt und hochtrabende Worte — ... und wo der Kanonendonner am tollsten war ... — ein wenig Theater zu machen. Herr Dr. Schiele glaubte vor den Reichsrichtern mit Fronte gegen die Republik seiner Sache mühen zu können, und stellte zum Schluß die famose und sehr bequeme Theorie auf, daß er nur seinem Gewissen und seinem Gotte Rechenschaft für seine Tat schuldig sei. Eine Zeitlang hat es in der deutschen Republik wahrhaftig so ausgesehen, als sollte diese famose Theorie geltende Praxis werden. Und erst das Urteil wird endgültig darüber entscheiden, ob Herr Dr. Schiele nicht am Ende noch Recht behält.

Was Mut vor Gericht, was Bekennermut, was Stehen zur Sache ist, das könnten die Herren Nationalisten, die sich gern als die Hüter germanischer Tugenden hinstellen, von Sozialisten und Revolutionären lernen. Dabei wir freilich zugeben müssen, daß der Fall Brandler eine bedenkliche Ähnlichkeit mit den Fällen Jagow, Wangenheim und Schiele zeigt. Aber für solche kommunistischen Ansichten, die sicherlich immer Ausnahmen im Lager der Arbeiterklasse bleiben werden, ist diese in ihrer Gesamtheit nicht verantwortlich, sie verurteilt sie vielmehr auf das Entschiedenste.

Das Redewort zwischen Verteidigern und Reichsanwaltschaft spitzte sich besonders auf die Frage zu, ob das Amnestiegesetz den Angeklagten zugute kommen müsse. Beide Teile griffen auf die Entstehung, auf die parlamentarische Geschichte des Gesetzes zurück. Die Vertreter der Linken haben damals gleich vorausgesetzt, daß die Fassung, die die Mehrheit durchsetzte, zu sehr weitgehenden und bedenklichen Auslegungen führen werde, was die Verteidiger für sich auszunützen suchten. Der Oberreichsanwalt aber konnte dagegen anführen, daß sowohl die Reden der Linken als auch der anderen Parteien ergeben, daß solche Auslegung nicht die Absicht der Gesetzgeber war, was unter dem parlamentarischen System besonders ins Gewicht fallen muß. Ebenso konnte er darauf verweisen, daß der erste Strafsenat des Reichsgerichts die Anwendung des Amnestiegesetzes in sehr weitem Umfang bejaht hat, wie die Amnestierung der Traub, v. Falkenhäusen, Doné, v. Trotha, v. Hülsen usw. beweist, daß er aber trotz dieser seiner sehr engen Begrenzung des Führerbegriffs (Urheber und Führer sind von der Amnestie ausgeschlossen), die Anwendbarkeit des Amnestiegesetzes auf die Angeklagten verneint hat, und zwar auf Grund eines Tatbestandes, der in der jetzigen Hauptverhandlung in allem Wesentlichen bestätigt worden ist.

Reichsanwalt Neumann behandelte diesen Tatbestand noch einmal kurz, aber mit Schlaglichtern. Besonders wirkungsvoll war sein Hinweis auf die Kirchhofs-, die Zucht-